

Muster 8a

**- Einleitungsverfügung/ Teilaussetzung/ Bestellung Ermittlungsführer-**

Dienststelle  
- Der Dienstvorgesetzte -<sup>1)</sup>  
Geschäftszeichen

Ort, Datum  
Bearbeiter:  
Durchwahl:

- Vertrauliche Personalsache -

1.

Gegen Zustellungsnachweis<sup>2)</sup>  
Herrn Amtsbezeichnung  
Vor-, Zuname  
Anschrift

Einleitung eines Disziplinarverfahrens gemäß § 17 Abs. 1 Bundesdisziplingesetz (BDG)

Sehr geehrter Herr ... (Zuname),

Sie sind zureichend verdächtig, ein inner- bzw. außerdienstliches Dienstvergehen i.S.d. § 77 Abs. 1 Bundesbeamtengesetz (BBG) begangen zu haben, indem Sie ... (konkreter Tatvorwurf als Sachverhaltsdarstellung)<sup>3)</sup>

Daher habe ich gegen Sie am ... (Datum des Einleitungsvermerks) ein Disziplinarverfahren eingeleitet / und das Verfahren - soweit es den gleichen Sachverhalt betrifft - im Hinblick auf

das anhängige ... (sachgleiches Strafverfahren<sup>4)</sup> gemäß § 22 Abs. 1 BDG)

... (sonstiges gesetzlich geordnetes Verfahren gemäß § 22 Abs. 3 BDG)

teilweise ausgesetzt.

Nach Wegfall des Aussetzungsgrundes werde ich das teilausgesetzte Verfahren fortsetzen. Die Ermittlungen zu den anderen Vorwürfen, die nicht von der Teilaussetzung umfasst sind, werde ich unabhängig davon durchführen.

Ich habe Herrn .... zum Ermittlungsführer bestellt. Er wird in meinem Auftrag die erforderlichen be- und entlastenden Umstände gem. § 21 BDG ermitteln.

Ich werde die Schwerbehindertenvertretung gemäß § 95 Abs. 2 Neuntes Buch Sozialgesetzbuch über die Einleitung des Disziplinarverfahrens unterrichten. Sollten Sie die Beteiligung der Schwerbehindertenvertretung nicht wünschen, teilen Sie mir dies innerhalb von zwei Wochen nach Zustellung der Einleitungsverfügung

Muster 8a

schriftlich mit, andernfalls gehe ich von Ihrem Einverständnis aus.

Zur Wahrung Ihrer Rechte weise ich Sie auf Folgendes hin:

Es steht Ihnen frei, sich in jedem Verfahrensstadium mündlich oder schriftlich zu äußern oder nicht zur Sache auszusagen und sich jederzeit einer/eines Bevollmächtigten oder Beistands zu bedienen und sachdienliche Beweisanträge zu stellen.

Die erste **schriftliche** Äußerung i.S.d. § 20 Abs. 2 BDG hat innerhalb eines Monats nach Zustellung der Einleitungsverfügung zu erfolgen. Sofern Sie sich **mündlich** äußern wollen, haben Sie diese Absicht innerhalb einer Frist von zwei Wochen dem Ermittlungsführer gegenüber zu erklären. Der Ermittlungsführer wird dann innerhalb von drei Wochen nach Eingang Ihrer Erklärung die mündliche Anhörung durchführen.

Sollten Sie aus zwingenden Gründen gehindert sein, die Frist zur ersten schriftlichen Äußerung oder die Erklärungsfrist zur mündlichen Äußerung einzuhalten oder einer Ladung zur mündlichen Verhandlung Folge zu leisten, haben Sie dies dem Ermittlungsführer unverzüglich mitzuteilen.

Falls Sie ohne rechtzeitige Mitteilung und ohne ausreichende Begründung diese Fristen nicht einhalten, muss angenommen werden, dass Sie sich zu den erhobenen Vorwürfen nicht äußern wollen; die Ermittlungen werden dann ohne Ihre Anhörung fortgesetzt.

Mit freundlichen Grüßen

Unterschrift<sup>1)</sup>

2.

Vertrauliche Personalsache  
An  
Ermittlungsführer  
Amtsbezeichnung, Name, Vorname  
Dienstort

Bestellung als Ermittlungsführer  
Anlagen: Kopie der Einleitungsverfügung gegen ...  
Akten/Unterlagen

Sehr geehrter Herr ...,

ich habe gegen Herrn, Amtsbezeichnung am (Datum des Einleitungsvermerks) ein Disziplinarverfahren eingeleitet. Den Sachverhalt entnehmen Sie der anliegenden Einleitungsverfügung und den Unterlagen.

( ) hauptamtlicher Ermittlungsführer

Ich beauftrage Sie die erforderlichen Ermittlungen gemäß § 21 BDG zeitnah

Muster 8a

durchzuführen.

( ) nebenamtlicher Ermittlungsführer

Ich bestelle Sie zum Ermittlungsführer für das o.g. Verfahren und beauftrage Sie gemäß § 21 BDG die be- und entlastenden Umstände zu ermitteln.

Gleichzeitig stelle ich Sie für die Durchführung der Ermittlungen von Ihren übrigen Aufgaben ganz/zu ...% frei.

( ) Die Einleitungsverfügung habe ich dem Beamten am ... zugestellt.

( ) Anliegende Einleitungsverfügung wird durch Sie unverzüglich an den Beamten zugestellt.

Der Ermittlungsbericht/Zwischenbericht<sup>5)</sup> mit der Ermittlungsakte ist mir bis zum ...<sup>6)</sup> zur Genehmigung vorzulegen. Verzögerungen teilen Sie mir unverzüglich mit.

Mit freundlichen Grüßen

Unterschrift<sup>1)</sup>

**Anmerkungen:**

- 1) Dienstvorgesetzter gem. Anordnung zur Durchführung des BDG für die BFV (z.B. Leiter des HZA, Präsident der BFD) mit Angabe der Dienststelle
- 2) Anschrift des Beamten;  
Hat der Beamte einen Bevollmächtigten bestellt, ist die Zustellung an diesen zu richten (§ 7 Abs. 1 Satz 2 VwZG);
- 3) identische Übernahme der Sachverhaltsdarstellung; Art, Zeit und Ort des Fehlverhaltens aus dem Einleitungsvermerk; der Verweis auf den internen Einleitungsvermerk und seine Übersendung sind unzulässig;
- 4) Die DiszR zu § 22 Abs. 1 BDG ist zu beachten;
- 5) Solange das Verfahren teilausgesetzt ist
- 6) Beginn der Frist ist das Datum des Einleitungsvermerks; je nach Umfang sind bei der Fristsetzung die §§ 4, 62 Abs. 1 BDG und die Anlage 8 zu beachten.